

Dokumentation eines Fachaustauschs der Kinder- und Jugendkommission zum Thema: „Wie soll das Recht auf Beteiligung in Niedersachsen umgesetzt werden?“ am 20. Januar 2021, 13-15 Uhr (online)

Anwesende: Volker Bajus, Heike Bludau, Hilde Brauer, Bodil Dörres, Björn Hagen, Lea Heyer, Florian Rück, Johannes Schmidt, Annette Schuetze, Vera Seeck, Benedikt Walzel

Moderation: Lea Heyer

Technische Moderation: Heike Bludau

Protokoll: Florian Rück

Begrüßung:

Johannes Schmidt:

- Online-Fachaustausch zur Frage „Wie soll das Recht auf Beteiligung in Niedersachsen umgesetzt werden?“
- Dank an Benedikt Walzel, dass er als Leitung der Steuerungsgruppe auf den Prozess vorbereitet hat; Dank an die Bereitschaft der Universität Hildesheim, Frau Heyer, für die Moderationsübernahme
- Austausch soll Erarbeitung einer Position der KiJuKo unterstützen; dabei kann Diskussionsvorlage einen Ausgangspunkt darstellen

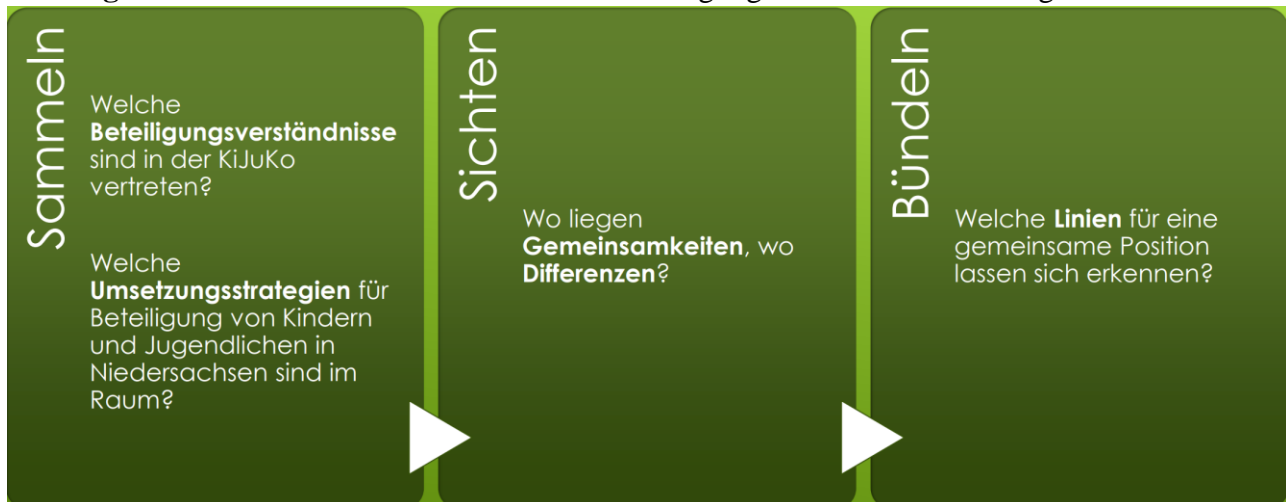
Benedikt Walzel:

- Hintergrund und aktuelle Situation: Anschließend an 1½ jährigen Prozess, in dem u.a. von Uni Hildesheim eine Sekundäranalyse zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen erarbeitet wurde, beabsichtigt KiJuKo eine Ergänzung und Weiterentwicklung der enthaltenen Sachlage durch eigene Positionierung
- Ziel des Fachaustauschs: Raum geben, um die Inhalte, die die KiJuKo schon erstellt hat, weiter zu vertiefen; Leitfrage dabei: Wie sollte das Beteiligungsrecht, aus der KiJuKo-Expertise umgesetzt werden?; Austausch über diese Fragen, um im weiteren Verlauf in eine gute Position zu bringen, die die Kommission verabschieden kann

Lea Heyer:

- Begrüßung und Vorstellung; Dank, die KiJuKo auf diesem Weg begleiten zu dürfen
- Vorstellung des Moderationsverlaufs (Zeitlicher Rahmen: 13 – 15 Uhr, Struktur: Leitfrage und 3 Diskussionsphasen), weitere Rollen (Protokoll: Florian Rück, Technischer Support: Heike Bludau).
- Einholen des Einverständnis mit einer Aufzeichnung der Sitzung zu protokollarischen Zwecken – keine Einwände.

Leitfrage und Ablauf: Wie soll das Recht auf Beteiligung in Niedersachsen umgesetzt werden?



Welche Beteiligungsverständnisse sind in der KiJuKo vertreten?

Björn Hagen:

- Beteiligung muss verschiedene Dimensionen (wie bspw. Schule, Kita, Familie etc.) und deren Akteure (wie bspw. Lehrer, Kita, Familie) umfassen - Multidimensional und Multiperspektivisch betrachten, wie Kinder vor Ort beteiligt werden können. Beteiligungsstrategien müssen die Beteiligungsorte mit einbeziehen
- Beteiligung muss aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen passieren bzw. sich institutionell und strukturell an der Sicht der Kinder und Jugendlichen orientieren
- Die Beteiligung muss verpflichtend sein und alle Akteure einbezogen werden

Benedikt Walzel:

- Stimmt zu und ergänzt: Da hinschauen, wo Kinder und Jugendliche bereits Räume haben und dahin, wo diese gegeben und näher betrachtet werden müssen. Kinder und Jugendliche brauchen zur Verfügung gestellte Räume, die sie selbst gestalten können. Diese Räume ermöglichen jungen Menschen Selbstgestaltung, Selbstverantwortlichkeit und Selbstentfaltung. Dabei brauchen sie zudem Begleitung
- Beteiligung muss von den Kindern und Jugendlichen ausgehen und nicht davon, was andere als gelungene Beteiligung definieren

Anette Schuetze:

- Wo können wir Kinder abholen: je formaler der Rahmen, umso weniger Kinder werden dort von Beteiligungsformaten wirklich angesprochen und „abgeholt“. Neue und vorhandene Räume müssen geschaffen bzw. ermöglicht werden und Austauschmöglichkeiten bieten. Dabei sollten die Räume selbst eher politisch neutral und weniger Formal gehalten sein, sodass sich viele Kinder beteiligen können und wollen
- Junge Menschen müssen in diesen Räumen aufgesucht werden und nicht andersherum. Beispielsweise durch Gespräche in Schulen

Vera Seeck:

- Das Verständnis von Beteiligung ist von der Kinderrechtskonventionen geprägt und die fängt unten an. Kinder dürfen da, wo sie sind, ob im familiären Rahmen, in Gruppierungen und Einrichtungen, zu Wort kommen, mitgestalten, sich selbst organisieren → Selbstorganisieren ist ein wesentlicher Punkt bei Beteiligung

- Beteiligung junger Menschen stößt oft gegen strukturelle Grenzen – auch wenn es bspw. in manchen Verbänden kleine Strukturen gibt, die von klein auf versuchen beteiligen zu lassen, stoßen sie an Grenzen, da diese schon lange bestehen und dadurch nicht mehr greifbar sind. Deshalb muss das Grundverständnis von Beteiligung, und von denen, die sie ermöglichen wollen, flexibel sein und sich dem Prozess anpassen muss, um junge Menschen mitzunehmen
- Es wird schwierig, mit der Kinder- und Jugendkommission einen einheitlichen Rahmen vorzuschlagen, wie Beteiligung funktioniert. Jedoch können wir ein klares Votum für das Verständnis des Beteiligungsbegriffs geben, das auf unterschiedliche Ebenen wahrgenommen wird
- Es darf nicht vorher schon eine Zielsetzung bestehen, was „richtige Beteiligung“ ist, wenn wir von einem Beteiligungsprozess sprechen, bei dem wir Kinder und Jugendliche abholen wollen. Dieses Verständnis brauchen Menschen die Beteiligungsprozesse begleiten wollen

Johannes Schmidt:

- Beteiligung ist ein bestimmtes Grundverständnis, das einen zutiefst am Bedürfnis von Kindern orientierten basisdemokratischen Prozess meint
- Wir haben die Aufgabe, dass wir von Grund auf die Bedürfnisorientierung von Kindern bis zum Beteiligungsprozess von Kindern wahrnehmen. Also wahrnehmen, wie sie die handelnde Lebensweltbewältigung von Kindern, zur Jugend und dann ins das Erwachsenenalter übernehmen
- Dieser basisdemokratische Wahrnehmungsprozess, Beteiligung des Mitmachens, muss in eine institutionelle Form münden. Das ist wesentlich für unsere Demokratie und die hat Institutionen und Formen, die in einen bestimmte demokratischen Willensbildungsprozess einmündet. Wir haben manchmal zu viel Angst bestimmte Formen, die bei uns üblich sind und auch immer wieder hinterfragt werden, in der Begleitung von Beteiligungsprozessen einzusetzen. Dieser basisdemokratische Prozess der Beteiligung muss vom Grundverständnis bei Familien und in den Kommunen überhaupt mal überkommen.
- Wir müssen lernen, Beteiligungsprozesse systematisch wahrzunehmen

Hilde Brauer:

- Kindern und Jugendlichen muss früh Wissen über ihre Rechte vermittelt werden. Ohne das Wissen, welches Recht sie auf Beteiligung haben, können die jungen Menschen diese auch nicht einfordern bzw. sich nicht selbst dafür einsetzen.
- Wichtig ist auch zu wissen, wo Beteiligungsrechte vermittelt werden können (Institutionen, Bereiche und Umfeldern) und wie Kindern und Jugendlichen diese Informationen gegeben werden können

Volker Bajus:

- Der Fokus muss auf dem Kennen der Beteiligung liegen, dabei die Stufen der Partizipation so betrachten, dass Kindern und Jugendlichen altersgerecht Beteiligungsverständnis nähergebracht werden kann. Wie zuvor: Die Rechte müssen bekannt sein, um sie einfordern zu können.
- Partizipation gibt es nicht für umsonst, wir müssen auch bereit sein im Bereich Partizipation zu investieren.
- Für Kinder muss es schon früh Angebote und Projekte mit dem Thema Beteiligung machen. Auch um politisch Interesse wecken zu können. Kindern müssen in echten Partizipationsprojekten frühzeitig Selbstwirksamkeit erfahren

Welche Umsetzungsstrategien für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen sehen Sie?

Modelle, Strukturen, Akteure

[Jugendgruppen, Jugendverbände als wichtige Akteure anerkennen und fördern](#)

Heimbeiräte in einzelnen Einrichtungen, Räte, Parlamente etc.

„Pflichtprogramm“, Regelangebote

Beteiligung schon in Kita, Spielplatzplanung etc.

[Schule, aber nicht nur](#) - Engagierte vor Ort unterstützen (bes. KiJuHi)

[Netzwerkarbeit](#): Die Kinder- und Jugendparlamente sind z. B. zentrale [Schnittstellen vor Ort](#)

Beteiligung – [vom Kann zum Muss](#)

Raum für eigene Konzepte der jungen Menschen schaffen und begleiten

Demokratiebildung als Beteiligung

Verschiedene Zielgruppen und Dimensionen einbeziehen

Gutes Beispiel: Jugendcheck

[MIT Kindern und Jugendlichen reden und entwickeln](#)

Stimmung der jungen Menschen vor Ort erheben – Seismograph

Beteiligung erheben –
Netzwerkkarten ([auch die, die sonst durchs Raster fallen](#) z. B. durch Digitales, [Corona](#), KiJuHi)

Beteiligungs-Begeisterte, und jene, die damit nicht anfangen → brauchen unterschiedliche Formate, insbesondere bzgl. Altersgruppen

Unterschiedliche Anliegen und Kontexte (Corona Leugner, Fridays for Future, ...)

[Bestandsaufnahme](#): erfolgreiche und weniger erfolgreiche Projekte betrachten – wo stehen wir eigentlich?

[Junge Menschen brauchen Informationen über \(ihre\) Rechte](#)

Schon früh beginnen – z. B. in Familien und Kita

[Verschiedene Perspektiven](#): Professionelle, Erwachsene, Alleinerziehende, junge Menschen, Eltern vor Ort... Alle abdecken

Strategien

„Projektitis“ vermeiden, Verstetigung schaffen

Alle Akteure mitnehmen – organisationsübergreifend denken

Sammlung bestehender Projekte und diese fördern, sichtbar machen

Politiker*innen einbinden, Politik erfahren. Kontaktpersonen in Ämtern (§36) beteiligen

Raum für Erfahrungsaustausch, Koordinierung (partizipatorisch!)

[Servicestellen](#) (für Institutionen oder Kinder und Jugendliche), [Monitoring](#) (Bericht)

[Verbindlichkeit](#) – KiJuKo stärker ausbauen und verbindlichere Forderungen stellen; z. B. Ratsbeauftragte für Kinder- und Jugendbeteiligung und für Umsetzungen von Beteiligung in Schulen

[Kontinuität](#); KiJuKo benötigt Strategie, ihren Einfluss stärken

Linien für eine gemeinsame Position

Johannes Schmidt:

- **Es sollte ein Gesamtbericht (2-jährig) mit Kindern und Jugendlichen und KiJuKo vorgetragen werden**, wie die Beteiligungsstruktur in Niedersachsen aussieht

Björn Hagen:

- Der Bericht sollte die Kinder und Jugendlichen einbeziehen, die am Rand stehen
- Zum politischen Geschehen aktuell: Es gibt bestimmte Dinge, die von der Politik nicht verstanden werden. Es wird ein Eindruck vermittelt als geht es nur um wirtschaftliche Verwertbarkeit um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Obdachlose junge Menschen mit Sicherheitsmaßnahmen wie Masken konfrontiert, obwohl diese jungen Menschen nicht mal die Grundbedürfnisse zur Verfügung stehen und die diese jungen Menschen 365 Tage im Jahr betreuen sind, gehören in dieser Zeit auch nicht zum systemrelevanten Bereich → Der Verdacht kommt dabei auf, dass andere Prioritäten gesetzt werden → **wesentlich für die KiJuKo in ihrer Arbeit und für den Einsatz junger Menschen, dass diese Zielgruppen auch gerade aus der Beteiligungsperspektive in den Blick kommen und immer wieder in Politik hereinbringen und in es in Fokus setzen.**

Benedikt Walzel:

- Sind durch die Diskussion weitergekommen – nun die Punkte stärken, um die Position gut ausarbeiten zu können – um nach dem Lockdown sagen zu können: Was brauchen Kinder und Jugendliche in Niedersachsen für Beteiligungsstrukturen
- Zum politischen Geschehen aktuell: Es sollte klargestellt werden, dass neben den Gesundheits-Experten auch Experten für Kinder und Jugendliche und den Jugendlichen selbst zuhören, das fehlt bisher – z. B. damit bessere Strukturen für eine nächste Pandemie entwickelt werden in der Kinder und Jugendliche einbezogen werden. Zentral: **Mehr die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in allen Maßnahmen besser berücksichtigen**

Vera Seeck:

- Mitnehmen der Ergebnisse, um jetzt an der Beschlussvorlage zu arbeiten
- Wenn die KiJuKo ist wie sie ist (4 Sitzungen und 5 Jahre wechseln) ist Bericht/Erhebung alle zwei Jahre sinnvoll. Gleichzeitig war heute öfters Thema eine Koordinationsstelle zu schaffen bspw. mehrere Netzwerke stärken vor Ort. Diese Koordinationsstelle könnte die KiJuKo später mal sein, aber nicht in der gegenwärtigen Form. Die Frage bleibt bestehen: **Ist es sinnvoll das von der KiJuKo wezugeben und sich eine Servicestelle zu wünschen oder muss sich die KiJuKo nochmal stärker positionieren**

Volker Bajus:

- bzgl. Koordinationstelle): **Es geht nicht darum neue Vorschläge zu machen, die die eigentliche Idee KiJuKo schwächen.** Es geht darum, die politische auf einer Metaebene laufende Debatte von einer Alltags bzw. operative Geschäft zu trennen, denn das würde womöglich Schwächen.
- Zum politischen Geschehen aktuell: in der Politik gibt es gute und schlechte Lobby. Gerade Kinder und Jugendliche (vor allem am die die durch Raster fallen) haben keine. Aktuelles Beispiel: keine Impfung für Kinder – aber Debatte Privilegien für Geimpfte, ein Person-Regel etc.

Johannes Schmidt:

- Benötigt wird systemrelevante Anerkennung der Kinder- und Jugendkommission → Verbindlichkeit auf der politischen Ebene festigen und auch in der Wahrnehmung der Gesellschaft → Wenn das so im Landtag überkommt, wäre die KiJuKo einen Schritt weiter, nämlich: Dass die KiJuKo im Sinne der Querschnittsaufgabe der Beteiligungsstrukturen von Kindern und Jugendlichen Gehör findet
- Eine regelmäßige Kinderrechtsprüfung im Land Niedersachsen vorzunehmen, ist ein guter Schnitt um alle zwei Jahre eine Grundlage zu haben, wie weit die niedersächsische Gesellschaft in der Umsetzung der Kinderrechte mit Schwerpunkt Beteiligung ist
- Es sollte auch diskutiert werden, ob nicht die systemrelevante Anerkennung der KiJuKo bedeuten würde, mindestens beim Sozialministerium oder bei dem niedersächsischen Landtag angedockt zu werden. Die KiJuKo soll wichtiger und schlagkräftiger werden
- **Vorschläge zur Aufnahme in die Stellungnahme: a) Systemrelevante Anerkennung der Kinder und Jugendkommission, b) regelmäßige Kinderrechtsprüfung im Land Niedersachsen, c) Zuordnung – Sozialministerium/ Niedersächsische Landtag**

Heike Bludau:

- Ergänzt, wie mit Handlungsempfehlungen umgegangen wird: **Ausführungsgesetz 16d.** Unterstreicht, dass Frau Schuetze und Herr Bajus als Parlamentarier, den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden einladen dürfen, um der Handlungsempfehlung auch Nachdruck zu verleihen und um zu einer Entscheidung zu kommen

Beendigung der Aufzeichnung, Dank und Abschied. Schließung der Sitzung um 15:00.